

# SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 1 / Januar 2010 · Ausgabe Rheinland-Pfalz / Saarland / Baden-Württemberg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: [kontakt@sovde.de](mailto:kontakt@sovde.de)

**Gesundheitspolitik gegen den Willen der Versicherten**

Solidarisches Versicherungssystem: Studie stützt SoVD-Forderungen

Seite 2

**„Für eine solidarische Gesellschaft!“**

Außerordentliche 18. Bundesverbandstagung

Seite 3



**„Gesundheit und Recht“ – die Serie der SoVD-Zeitung**

Teil I: Ihre Rechte in der Arztpraxis

Seite 7

Staffelstab an Präsident Adolf Bauer übergeben - „Ehre und Verantwortung“

## SoVD: Vorsitz im Deutschen Behindertenrat

**Etwa zehn Prozent der Menschen leben mit einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung. In Deutschland haben sich alle wichtigen Organisationen behinderter und chronisch kranker Menschen zu einem Aktionsbündnis im Deutschen Behindertenrat (DBR) zusammengeschlossen, um die Interessen von mehr als 2,5 Millionen Betroffenen zu vertreten. Am 3. Dezember, dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen Welttag der Menschen mit Behinderung, hat der Sozialverband Deutschland (SoVD) erneut den Vorsitz im DBR übernommen. Auf der Festveranstaltung in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin überreichte Hannelore Loskill von der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe (BAG Selbsthilfe) symbolisch den Staffelstab an SoVD-Präsident Adolf Bauer.**

Der SoVD setzt sich seit vielen Jahrzehnten auf allen politischen Entscheidungsebenen für die Teilhabe behinderter Menschen ein. Bei der feierlichen Übergabe unterstrich SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer kurzen Rede die große Ehre, aber auch die Verantwortung, die mit der Sekretariatsübernahme verbunden sei. Er benannte zudem klar die Handlungsfelder, die er als vorrangig betrachtet: inklusive Bildung, berufliche und soziale Teilhabe, Barrierefreiheit sowie Gesundheits- und Pflegepolitik.

Hannelore Loskill hatte zuvor das inzwischen zehnjährige Bestehen des DBR gewürdigt und zugleich auf die erreichten Fortschritte zum Beispiel bei der Antidiskriminierung



Foto: philidor/fotolia

**Besonderer Handlungsbedarf hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention besteht im Bereich inklusiver Bildung. In nahezu allen Bundesländern ist das gemeinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder immer noch die Ausnahme.**

und im Bereich Barrierefreiheit verwiesen.

Im Fokus der von der BAG Selbsthilfe organisierten Veranstaltung „Alle inklusive – überall dabei“ stand vor allem auch die inzwischen von 143 Staaten unterzeichnete UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen. Die

der UN vorlegen. Deshalb gelte es, zügig mit der Arbeit zu beginnen, so Bauer.

In welchem Maße sich der SoVD in der Pflicht sieht, für eine bessere Teilhabe behinderter Menschen einzutreten, zeigt nicht allein das Engagement des Verbandes als Mitinitiator und Vorstandsmitglied im DBR, sondern auch die Aktivitäten des SoVD als Vorstandsmitglied im Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit, die aktive Mitarbeit in der Kultusministerkonferenz (KMK) zur inklusiven Bildung und die Teilnahme am Aktionsbündnis für berufliche Teilhabe als Mitinitiator.

Besonderen Handlungsbedarf sieht SoVD-Präsident Bauer insbesondere im Bereich inklusiver Bildung. Das SoVD-Bildungsbarometer zeige dies deutlich: In nahezu allen Bundesländern sei das gemeinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder immer noch die Ausnahme. „Das muss sich ändern“, betonte Adolf Bauer. Deutschland müsse endlich Anschluss an den europäischen Durchschnitt finden, wo die Integrationsquote deutlich über 50 Prozent liege. Auch müsse die berufliche Teilhabe vorangebracht werden, denn behinderte Menschen seien hierzulande überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Es gelte, die duale Ausbildung zu verstärken und die Pflichten der Arbeitgeber hier noch deutlicher zu forcieren, um die berufliche Teilhabe behinderter Menschen zu verbessern.

Prof. Dr. Theo Klauß (Bundesvorstand Bundesvereinigung Lebens-

**Fortsetzung auf Seite 2**

### Blickpunkt

Eine perverse Niedriglohn-Variante macht sich an deutschen Supermarktkassen breit. Helfer packen Einkaufstüten und erhalten dafür ein Trinkgeld (!) statt Lohn. Vermittler ist das Unternehmen Friendly Service. Drei bis fünf Euro je Einpacker pro Stunde kassiert Firmenchef Martin Lettenmeier von den Ladenbetreibern. Die Helfer sind hingegen selbstständig. Wie „praktisch“: Der Chef kalkuliert mit festen Einnahmen, die Null-Euro-Jobber tragen das Risiko und die Umsätze werden auf der Basis von Großzügigkeit und Mitleid der Kunden generiert. Ursprünglich zielte die von den USA abgekupferte „Geschäftsidee“ darauf ab, Hartz-IV-Empfänger von der Straße zu holen. Weil jedoch eloquente Gymnasiasten mehr Trinkgeld erhalten als Schulabbrecher und Langzeitarbeitslose, setzte der clevere Geschäftsmann lieber auf Schüler und Studenten. Bei der Schichteneinteilung in unter anderem 32 Läden der Edeka-Gruppe achtet Lettenmeier darauf, dass keine Sozialabgaben und Steuern für die Trinkgeld-Empfänger entfallen. Wer einmal fehlt, fliegt. So einfach, so skrupellos. Ein Gewinner und viele Verlierer...



**Adolf Bauer  
SoVD-Präsident**

### Anzeige

**Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz:**

#### Unfall-Vorsorge\*

- Aufnahme bis 80 Jahre
- Keine Gesundheitsfragen
- Invaliditätsleistung bereits ab 1 %
- Lebenslange Unfall-Rente
- Sofortleistung bei Oberschenkelhalsbruch
- Krankenhaus-Tagegeld im In- u. Ausland

#### mit Notfall-Plus Premium

- 1.500,- Euro Sofortleistung bei Krankenhausaufenthalt ab 6 Tagen
- Umfangreiche Hilfe- und Pflegeleistungen
- Umzugs- oder Haus-Umbau-Kosten
- Mobilitätsservice mit prakt. Fahrdiensten

\*Auf Basis der SoVD-Sterbegeld-Vers.

Haben Sie Interesse? Telefon: 040/ 63 76 27 62

[www.ovg.hamburg-mannheimer.de](http://www.ovg.hamburg-mannheimer.de)

Organisation für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.



Foto: Schlemmer

**Von links: Prof. Dr. Theo Klauß (Lebenshilfe e.V.), Moderator Dr. Martin Danner (BAG Selbsthilfe), Andreas Bethke (DBSV), SoVD-Präsident Adolf Bauer und Dinah Radtke (ISL) unterstrichen in einer Diskussionsrunde zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention den großen Handlungsbedarf in der Politik.**

Publikum Z Verlagsges. mbH • Pf 10 29 29 • 34029 Kassel  
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt ZKZ 8489

Fortsetzung von Seite 1

## SoVD übernimmt Vorsitz im DBR

hilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.) betonte die Chancen, aber auch die Herausforderungen an inklusiven Schulen, allen Kindern Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen und allen Bedarfen gerecht zu werden, statt auszusortieren.

Erika Huxold (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, BMAS) würdigte in ihrer Ansprache die Arbeit der Verbände als Partner an der Seite des Ministeriums. Auch für das BMAS sei die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine zentrale Aufgabe der Legislaturperiode. Hierzu werde es einen Nationalen Aktionsplan unter Einbindung von Bund, Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft geben. Als Ziele definierte Erika Huxold das In-



**Dinah Radtke (ISL) appellierte daran, Betroffene als Experten einzubinden.**

gangsetzen einer gesamtgesellschaftlichen Debatte um Inklusion, die Entwicklung eines Leitbildes

der Behindertenrechtskonvention für alle Akteure und eine „Kultur des Denkens in gemeinsamer Verantwortung“.

Für den bis zur Veranstaltung von der Bundesregierung noch immer nicht benannten Behindertenbeauftragten (*Anmerkung der Redaktion: Inzwischen ist der CDU-Politiker Hubert Hüppe als Beauftragter benannt worden*) sprach Torsten Einstmann aus dem Arbeitsstab. Er würdigte die großen Herausforderungen zur Umsetzung der Konvention.

Andreas Bethke (Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband, DBSV) hob vor allem hervor, dass Barrierefreiheit notwendig sei, um Teilhabe zu ermöglichen. Ziel müsse es sein, aus der Expertennische herauszukommen und ein „Design für alle“ hervorzubringen.

Dinah Radtke (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V., ISL) appellierte in ihrem Redebeitrag daran, die Betroffenen als Experten in eigener Sache in den Umsetzungsprozess zur Konvention eng einzubinden.

Mit Empörung nahmen die Tagungsteilnehmer zur Kenntnis, dass weder ein Vertreter der Unionsfraktion noch die behindertenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion der Einladung des DBR gefolgt waren. So diskutierten allein Vertreter/-innen der Oppositionsfractionen über behindertenpolitische Fragen. Dabei wurden viele Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede deutlich.

Insgesamt wurden von den Teilnehmern zahlreiche Ansätze und



Fotos (4): Schlemmer

**Hannelore Loskill von der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe übergab symbolisch den Staffelstab an SoVD-Präsident Adolf Bauer.**

Perspektiven der Politik für die kommende Legislaturperiode aufgezeigt.

In diesem Kontext kündigte SoVD-Präsident Bauer an, dass die Verbände den Umsetzungsprozess der Konvention nicht allein intensiv begleiten, sondern den Regierungsbericht an die UN 2011 zudem um einen „Schattenbericht der Verbände“ ergänzen würden.



**Vertraten den SoVD (v.li.) bei der Festveranstaltung: Hans-Jürgen Leutloff, Abteilungsleiter Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband, Pressesprecher Benedikt Dederichs und Claudia Tietz, sozialpolitische Referentin.**



**Vertreter/-innen der Behindertenverbände diskutierten mit Bundestagsabgeordneten der Opposition über behindertenpolitische Fragen.**

Studie stützt SoVD-Forderungen nach solidarischem Versicherungssystem

## Gesundheitspolitik gegen den Willen der Versicherten

Seit 2001 führt die Bertelsmann Stiftung im Rahmen ihres Gesundheitsmonitors Befragungen über den Zustand der ambulanten Versorgung in Deutschland durch. Aktuell wurden die Versicherten nach ihrer Einschätzung der Reformen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gefragt – mit einem eindeutigen Urteil: Das Solidarprinzip

der GKV soll erhalten bleiben! Diese Aussage bestätigt die Forderungen des SoVD, der die schwarz-gelbe Regierung wiederholt vor einseitigen Belastungen der gesetzlich Versicherten gewarnt hat. Angesichts der in diesem Jahr zu befürchtenden Erhebung von Zusatzbeiträgen einzelner Krankenkassen gewinnt diese Warnung zusätzlich an Brisanz.

Mit Antritt der neuen Bundesregierung kündigten sich im vergangenen Jahr vor allem im Gesundheitsbereich massive Einschnitte an. Eine von allen Versicherten in gleicher Höhe zu zahlende Gesundheitspauschale soll die bisherige Regelung ablösen, nach der sich die Krankenversicherungsbeiträge prozentual an der Höhe des Einkommens orientieren. Langfristiges Ziel: Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sollen von den Lohnzusatzkosten abge-

löst werden, um so die Arbeitgeber zu entlasten. Deren Beitragsanteil an der Finanzierung der Krankenversicherung soll zudem eingefroren werden, sodass Kostensteigerungen künftig allein von den Versicherten getragen werden müssten – etwa in Form von Zusatzbeiträgen. Deren Erhebung durch einzelne Krankenkassen wird für 2010 immer wahrscheinlicher; eine Entwicklung, die nach Überzeugung von SoVD-Präsident Adolf Bauer den sozialen

Konsens der solidarischen Finanzierung der Gesundheitskosten infrage stellt und in keinster Weise dem Willen der Versicherten entspricht. Eine aktuelle Studie bestätigt diese Aussage.

Die Bertelsmann Stiftung führte im Rahmen des Gesundheitsmonitors 2009 eine repräsentative Befragung bei Versicherten und Patienten zu den aktuellen Reformen innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch. Die Ergebnisse belegen, dass eine überwiegende Mehrheit der Befragten sich mit den Forderungen des SoVD zur Gesundheitspolitik identifiziert. Eine Auflösung der GKV – wie dies noch im Frühjahr 2009 von der FDP gefordert wurde – lehnen danach 93 Prozent der Befragten ab. Vielmehr sprechen sich die Versicherten mehrheitlich dafür aus, die Systemdefizite zu beheben und den einheitlichen Leistungskatalog beizubehalten.

Deutlich abgelehnt wird sowohl ein System mit umfassenden Wahlтарifen als auch die Variante einer medizinischen Grundsicherung, die bestimmte Krankheiten und Therapien nicht mehr einschließt. Konkret lehnen es mehr als zwei Drittel der Studienteilnehmer ab, einen weiteren Teil der Leistungen im Versorgungssystem privat zu bezahlen. Dagegen fordert eine große Mehrheit von 82 Prozent, die Notwendigkeit medizinischer Leistungen und vor allem deren Qualität im Einzelfall



Foto: james steidl / fotolia

**Die Diskussion über einen Umbau der GKV verunsichert vor allem ältere Menschen, die auf eine umfassende Versorgung angewiesen sind.**

stärker zu kontrollieren.

Den Blick auf die Ausgabenseite hat auch der SoVD wiederholt angemahnt. Gerade im Bereich der Arzneimittel könne es bei gleichbleibender Versorgungsqualität zu Kostensenkungen kommen. Zudem müsse die private Krankenversicherung (PKV) in die Finanzierung eines solidarischen Gesundheitssystems mit einbezogen werden. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang ein weiteres Ergebnis der Befragung, wonach schon jetzt die Mehrheit der Versicherten in ihrem Alltag eine Zweiklassenmedizin erlebt; vier von fünf Interviewten (81 Prozent)

befürchten, dass ihre Krankenversicherung künftig wichtige Leistungen nicht mehr übernehmen wird.

In welcher Weise die Politik auf diese Befürchtungen eingeht, ist bisher unklar. Details zu der geplanten Gesundheitspauschale sollen erst im Laufe des Jahres erarbeitet werden, ihre Einführung ist frühestens für 2011 vorgesehen. Vor allem ältere und chronisch kranke Menschen sind durch die anhaltende Diskussion über eine weitere Gesundheitsreform verunsichert. Sie haben Klarheit verdient. Und sie haben es verdient, dass ihre Ängste ernst genommen werden. *jl/jb*

### Wie gerecht empfinden Sie die Solidarprinzipien innerhalb der GKV?

Gutverdiener unterstützen Niedrigverdiener

83 %

Alleinstehende unterstützen Familien

62 %

Junge unterstützen Alte

75 %

Gesunde unterstützen Kranke

76 %

Daten: Bertelsmann Stiftung

**Die Versicherten in Deutschland bekennen sich zum Prinzip der Solidarität innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung. Am größten war die Zustimmung (83 Prozent) zu der Frage, ob sich Gutverdiener stärker an der GKV-Finanzierung beteiligen sollen als Einkommensschwache.**

SoVD richtet Forderungen an die Regierung – außerordentliche 18. Bundesverbandstagung

## „Für eine solidarische Gesellschaft“

**Der SoVD hat im Rahmen einer außerordentlichen Verbandstagung die Hannoveraner Erklärung „Für eine solidarische Gesellschaft“ verabschiedet. Darin fordern die Delegierten ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Sozialstaat.**

Als einer der ältesten und größten Sozialverbände appelliert der SoVD an die Bundesregierung, ihr Versprechen „Wohlstand für alle“ mit Leben zu füllen und die soziale Balance wiederherzustellen.

Auch vor dem Hintergrund, dass in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger Opfer der tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise sind, macht sich der SoVD weiterhin für die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen stark. „Als Verband sind wir so notwendig wie vor 90 Jahren und müssen uns zu den politischen Ereignissen äußern“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer.

In der einstimmig verabschiedeten Erklärung richten sich die Delegierten der außerordentlichen 18. Verbandstagung gegen sinkende Realeinkommen, dramatische Rentenniveauperluste und wachsende Armut. Die sich immer schneller öffnende Schere zwischen Arm und Reich sei mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes unvereinbar, heißt es in den Schwerpunktfor-



Fotos (2): Etzkorn

**Mit 193 Delegierten war die außerordentliche 18. Bundesverbandstagung, die unter Aufsicht zweier Notare stattfand, beschlussfähig.**

derungen an die neue Bundesregierung. Und: Nur eine Politik der Verteilungsgerechtigkeit verdiene das Vertrauen der Menschen und sei geeignet, dauerhaft den sozialen Frieden in Deutschland zu sichern.

„Für diesen Titel haben wir uns sehr bewusst entschieden“, sagte der SoVD-Präsident. „Denn wir haben unser Leitbild nicht aus den Augen verloren – auch wenn dies viele andere getan zu haben scheinen, selbst unter den politisch Verantwortlichen.“ So erkennt der SoVD in der Erklärung zwar an, dass sich CDU, CSU und FDP im Koalitionsvertrag die Verwirklichung einer solidarischen Gesellschaft zum Ziel gesetzt haben. Andererseits wird aber fest-

gestellt, dass der Koalitionsvertrag die sozialen Sicherungssysteme in den Bereichen Gesundheit und Pflege in ihrer solidarischen Struktur in sehr grundsätzlicher Weise infrage stellt. Die Erklärung (*Anmerkung der Redaktion: Die Sozialpolitischen Forderungen werden im Wortlaut in der Februar-Ausgabe der Verbandszeitung veröffentlicht*) umfasst Forderungen 1. für eine sozial gerechte Bewältigung der Krise, 2. für den Ausbau der sozialen Krankenversicherung, 3. für den gleichen Zugang zu notwendigen Gesundheitsleistungen, 4. für eine würdevolle Pflege, 5. für die Sicherung eines angemessenen Rentenniveaus, 6. für eine Mindestsicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung und die Abschaffung der Rente mit 67, 7. für einen bundeseinheitlichen Mindestlohn, 8. für bedarfsgerechte Grundsicherungsleistungen, 9. für eine inklusive Teilhabepolitik für behinderte Menschen und 10. für den Erhalt einer einheitlichen Sozialgerichtsbarkeit.

Ein weiterer Schwerpunkt der außerordentlichen 18. Verbandstagung in Hannover waren die von den Registergerichten geforderten Beschlussfassungen, die zur formalen Inkraftsetzung der Vorseibständigung bzw. Abspaltung der Landesverbände Berlin-Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein führen. Vorab war allen Mitgliedern des SoVD fristgerecht die Möglichkeit der Einsichtnahme in die der Beschlussfassung zugrunde liegenden Unterlagen gegeben worden. Mit 193 Delegierten war die außerordentliche 18. Verbandstagung beschlussfähig und fand unter Aufsicht zweier Notare statt. Die Abstimmung zu den Abspaltungen bzw. Vorseibständigungen erfolgte ohne Gegenstimme.



**Die Delegierten fordern in der einstimmig verabschiedeten Erklärung ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Sozialstaat.**

3. Monitoring-Bericht des „Netzwerkes für eine gerechte Rente“

## Rente mit 67 zurückziehen

**Die Voraussetzungen für die Rente mit 67 sind nicht gegeben. Dies zeigt der dritte Monitoring-Bericht des „Netzwerkes für eine gerechte Rente“, in dem SoVD, DGB, Volkssolidarität, VdK und weitere Verbände organisiert sind.**

„Viele ältere Arbeitnehmer haben schon jetzt oftmals keine realistische Chance, auch nur bis 65 zu arbeiten. Für sie bedeutet das höhere Renteneinstiegsalter eine weitere Kürzung mit schweren Folgen“, warnt SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer entsprechenden Presseerklärung. Der SoVD fordert, die Rente mit 67 im kommenden Jahr nach der vom Gesetz vorgesehenen Prüfung zurückzuziehen. Bis dahin sollte die Rente mit 67 umgehend ausgesetzt werden. Nach der Studie arbeitet bereits heute nur jeder 20. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bis zum geltenden Regelalter für den Rentenbeginn von 65 Jahren. Für die

überwiegende Mehrheit sind hierfür vor allem gesundheitliche Gründe ausschlaggebend. Insbesondere den Menschen, die wegen schwerer Krankheit vorzeitig ihre Arbeit aufgeben müssen und deshalb eine Erwerbsminderungsrente beziehen, droht durch die Rente mit 67 Altersarmut. Dies ist vor dem Hintergrund der seit 2008 zum zweiten Mal gestiegenen Anzahl der Erwerbsminderungsrentner eine dramatische Entwicklung.

**Der dritte Monitoring-Bericht des „Netzwerkes für eine gerechte Rente“ zeigt, dass es keine Voraussetzungen für eine Rente mit 67 gibt.**



## Hamburg-Mannheimer heißt künftig Ergo

Die Hamburg-Mannheimer, mit der der SoVD seit über 40 Jahren erfolgreich zusammenarbeitet, ist seit einigen Jahren in den Ergo-Konzern eingebunden. Zu den vielen Vorteilen dieser Einbindung gehört insbesondere die finanzielle Solidität in einem starken Konzern. Vor Kurzem wurde konzernintern beschlossen, Versicherungsprodukte in Zukunft unter der Marke Ergo anzubieten. Ziel der Maßnahme ist eine weitere Stärkung der Leistungsfähigkeit als Versicherer.

So wird unter anderem das Lebens- und das Sachversicherungsgeschäft unter der Marke Ergo gebündelt. Die bisherigen Marken „Hamburg-Mannheimer“ und „Victoria“ werden auch in der Namensgebung durch „Ergo“ ersetzt. Das bedeutet: Die „Hamburg-Mannheimer“ heißt künftig „Ergo“. Die Umsetzung soll in der zweiten Jahreshälfte 2010 erfolgen.

Was bedeutet die Fortführung der ehemaligen Versicherung „Hamburg-Mannheimer“ unter der Marke „Ergo“ für unsere dort versicherten Verbandsmitglieder? Die Verantwortlichen des Ergo-Konzerns garantieren allen Mitgliedern:

- An den Ansprechpartnern/-innen für die Verbandsgruppenversicherungen ändert sich nichts.
- Die bei der Hamburg-Mannheimer abgeschlossenen Versicherungen sind sicher.
- Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Ergo-Konzerns wird weiter erhöht.

Insgesamt sollen die Partnerschaft und Zusammenarbeit im Bereich der Verbandsgruppenversicherungen durch diese Maßnahme gestärkt werden.



Foto: Röhl

**Ein Schwerpunkt des 15. Kongresses Armut und Gesundheit war das Thema „Gesund aufwachsen“.**

15. Kongress Armut und Gesundheit in Berlin

## Gesundheit für alle – Ethik im Spannungsfeld

Die Gesellschaft Gesundheit Berlin-Brandenburg veranstaltete im Dezember den 15. Kongress Armut und Gesundheit. „Gesundheit für alle – Ethik im Spannungsfeld“ war das diesjährige Motto.

Fast 2000 Akteure, Beteiligte und Interessierte aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen am Kongress teil – darunter auch der SoVD. Im Fokus standen Fragen wie „Wie kann eine gerechtere Gesundheitspolitik aussehen, die allen Menschen Zugang zum Gesundheitssystem bietet?“ oder „Wie können Präventionsmaßnahmen Menschen erreichen, die durch Armut besonders belastet sind?“.

Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema Gesundheitsziele, deren Definition und Umsetzung der SoVD seit Jahren anregt. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) und die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) haben dazu im Jahr 2000 ein Modellprojekt initiiert (Details unter [www.gesundheitsziele.de](http://www.gesundheitsziele.de)). Seit 2002 gibt es das nationale Gesundheitsziel „Gesund aufwachsen“. Auf dem Kongress wurde der Stand der Umsetzung dieses Gesundheitsziels dargestellt. Bewegt hat sich etwas in Ländern, in denen Landesministerien aktiv wurden. Sehr positiv fällt auf, dass die Landeskonzepte Leistungs- und Kostenträger ins Boot holen. So wird beispielsweise das rheinland-pfälzische Projekt „Viva Familia“ vom Land, den Krankenkassen und den Kommunen getragen und anteilig finanziert. In Sachsen wird die Kooperation mit Kitas gesucht, in denen Projekte zur Gesundheitsförderung entstehen. Evaluierungen von Projekten haben gezeigt, dass es gelang, Familien anzusprechen, die von anderen Präventionsangeboten nur schwer erreicht werden. Damit werden wichtige Forderungen des SoVD verwirklicht: Präventionsangebote werden verankert, ohne dass mehr Bürokratie und Doppelstrukturen entstehen. Auf der anderen Seite führt die Freiwilligkeit dazu, dass das Engagement regional sehr unterschiedlich entwickelt ist und der Prozess von zielgerichteter und verbesserter Prävention nicht bundesweit vorangetrieben wird. Dieser Prozess der Umsetzung von nationalen Gesundheitszielen wird von der Abteilung Sozialpolitik des SoVD weiter beobachtet.

Der 15. Kongress Armut und Gesundheit bot allen 2000 Teilnehmern die Möglichkeit, zahlreiche Initiativen und Projekte kennenzulernen, die das Ziel eines besseren Zugangs zum Gesundheitssystem für alle Menschen verfolgen.

## Wir haben geholfen

# SoVD setzte vor Gericht volle Erwerbsminderungsrente durch

**Herr S. beantragte eine Erwerbsminderungsrente. Obwohl seine Leistungsfähigkeit schwer beeinträchtigt ist, lehnte die Knappschaft seinen Antrag ab. Der SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen unterstützte Herrn S., klagte vor Gericht und setzte für ihn die volle Erwerbsminderungsrente durch.**

Seit 2008 ist die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit von Herrn S. erheblich eingeschränkt. Aufgrund seiner schweren Suchterkrankung ist er seit mehreren Jahren arbeitslos. Darüber hinaus leidet er an einer schmerzhaften Erkrankung der Wirbelsäule. Sein Schwerbehindertengrad liegt bei 50 Prozent.

Seinen Antrag auf eine Erwerbsminderungsrente lehnte die Knappschaft dennoch ab – mit folgender Begründung: Herr S. sei zwar in seiner Erwerbsfähigkeit eingeschränkt, aber er könne durchaus noch eine leichte Tätigkeit im Umfang von drei Stunden täglich aufnehmen. Die Knappschaft schlug daher eine Beschäftigung als Kassierer, Bürogehilfe, Fotokopierer oder Ähnliches vor.

Daraufhin wandte sich Herr S. an die Sozialberatungsstelle des SoVD in Mülheim an der Ruhr/Oberhausen. Sozialberater Eduard Roncari nahm sich des Falles an und legte Widerspruch ein. Dabei wies er auf ein Gutachten des behandelnden Arztes von Herrn S. hin. Dieses bescheinigt, dass er nicht mehr erwerbsfähig ist. Außerdem kündigte Eduard Roncari eine umfangreiche, neurologische

Untersuchung von Herrn S. an. Aber auch dieser Widerspruch wurde von der Knappschaft abgewiesen.

Inzwischen hatte sich der Gesundheitszustand von Herrn S. verschlechtert: Er leidet unter Schlafstörungen und weiteren Schmerzsymptomen. Seine Gedächtnisleistung lässt zunehmend nach. Er ist

auch keine Arbeiten unter Zeitdruck leisten. Herr S. ist für leichte und mittelgradig schwere Arbeiten mit einer Dauer von weniger als drei Stunden nicht geeignet.“

Daraufhin beantragte der SoVD bei Gericht, dass die Knappschaft volle Erwerbsminderungsrente gewähren solle. Das Gericht wiederum forderte die Knappschaft zur Stellungnahme auf. In dieser stellte die Knappschaft fest, dass neuere Untersuchungsergebnisse bestätigen würden, dass Herr S. aufgrund seiner Erkrankungen nicht mehr erwerbsfähig sei. Die Krankheit sei auch so schwer, dass auf Dauer keine Besserung des Gesundheitszustandes zu erwarten sei. Die Knappschaft schlug daher vor, die Erwerbsminderung ab 2009 anzuerkennen.

Das lehnte der SoVD jedoch ab, denn das medizinische Gutachten stellt eindeutig fest, dass die volle Erwerbsunfähigkeit bereits ein halbes Jahr früher vorlag. Unter Mitwirkung des Gerichts einigten sich schließlich Knappschaft und SoVD zugunsten von Herrn S. auf den früheren Beginn der vollen Erwerbsminderungsrente.



Foto: Udo Kroener/fotolia

**Unter anderem wegen einer schmerzhaften Schädigung seiner Wirbelsäule ist Herr S. erwerbsgemindert. Der SoVD half ihm dabei, seine Ansprüche gegenüber der Knappschaft durchzusetzen.**

psychisch und physisch labil. Schon bei kleinen Aufgabenstellungen ist er überfordert. Sozialberater Roncari erhob beim Sozialgericht Duisburg Klage – die Knappschaft beantragte, diese abzuweisen. Die Sozialrichter forderten hingegen ein ausführliches medizinisches Gutachten an. Darin stellten die Ärzte fest: „Herr S. kann keine Tätigkeiten ausüben, die Konzentration und Aufmerksamkeit erfordern. Er kann



## Urteil aus dem Sozialrecht

### Hartz-IV-Empfänger haben Recht auf eine Wohnung

Hartz-IV-Empfänger dürfen nicht aus Kostengründen in eine Obdachlosenunterkunft verwiesen werden.

SoVD-Handbuch erschienen

## Arbeitshilfe für Ehrenamtliche

Mit einem soeben erschienenen Handbuch möchte der SoVD Ehrenamtliche bei ihrer Arbeit für den Verband und seine Mitglieder unterstützen. In dem Handbuch wird der Verband vorgestellt und werden insbesondere die in den Orts- sowie Kreis- und Bezirksverbänden anfallenden Aufgaben erläutert. Gerade wenn ein Mitglied neu in ein Vorstandsamt gewählt wird,

können entsprechende Hinweise bei der praktischen Ausübung des Amtes sehr nützlich sein. Aber auch für andere Interessierte, die Strukturen und Inhalte des Verbandes näher kennenlernen möchten, um eventuell später einmal für ein Vorstandsamt zu kandidieren, kann die Broschüre hilfreich sein. Das Handbuch versteht sich vor allem als erste Hilfe, um Ziele und Aufgaben des Verbandes mit Freude anzugehen. Selbstverständlich kann es jedoch nicht alle Aufgabenfelder und damit zusammenhängenden Fragen umfassend klären. Auch ersetzt es nicht die Satzung, die verschiedenen Verbandsordnungen und sonstige Richtlinien.



müsse allerdings angemessen sein, also der ortsüblichen Referenzmiete entsprechen, heißt es in einem in Essen veröffentlichten Beschluss des Landessozialgerichts. Der Beschluss ist rechtskräftig.

Mit dem Urteil gaben die Richter einem 59-jährigen Mann Recht, dem die für ihn zuständige Gemeinde ein Zimmer in einem Übergangshaus zugewiesen hatte. Der Hartz-IV-Empfänger war von dort ohne Zustimmung der zuständigen Behörde in eine von ihm selbst angemietete Wohnung gezogen. Die Behörde wollte dem Kläger wegen ihrer fehlenden Zustimmung jedoch nur die Mietkosten für das Zimmer in dem Übergangshaus in Höhe von 184 Euro erstatten.

Dem widersprachen jedoch die Essener Richter in ihrem Urteil. Der Umzug des Klägers sei erforderlich gewesen; die Behörde habe ihn nicht auf die Obdachlosenunterkunft verweisen dürfen. Allerdings sprach das Gericht dem Kläger mit 323 Euro pro Monat nur einen Teil der von ihm verlangten Miete und Nebenkosten von insgesamt 380 Euro zu. Nach Einschätzung der Richter lag der Mietpreis über der angemessenen Referenzmiete von 5,40 Euro pro Quadratmeter (AZ L 19B 297/09 ASER).

Klage wegen Solidaritätsbeitrag weitergeleitet

## Bundesverfassungsgericht verhandelt über „Soli“

Der Solidaritätsbeitrag sorgt seit Jahren für Diskussionen. Im Dezember erklärte ihn ein deutsches Gericht erstmals für verfassungswidrig, sprach aber kein Urteil. Das obliegt nun dem Bundesverfassungsgericht.

Der Solidaritätszuschlag („Soli“) wurde nach der deutschen Wiedervereinigung 1991 eingeführt und gilt für Steuerzahler in Ost und West gleichermaßen. Die zunächst nur für die Dauer eines Jahres erhobene Steuer von 3,75 Prozent auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer war zur Finanzierung des wirtschaftlichen Aufbaus der neuen Bundesländer gedacht. 1995 wurde der Soli jedoch ohne Befristung und mit einem erhöhten Satz von 7,5 Prozent wieder eingeführt; seit 1998 werden bundesweit 5,5 Prozent erhoben. Nun klagte ein leitender Angestellter gegen die Rechtmäßigkeit des Solidaritätsbeitrages. Der 37-jährige Mann musste 2007 rund 1000 Euro Soli zahlen und will die Aufhebung seines Steuerbescheides erreichen. Dies ist nicht die erste Klage dieser Art. Erstmals hat aber ein Gericht die Erhebung des Solidaritätszuschlags als grundgesetzwidrig eingestuft. Allerdings wurde kein Urteil gesprochen, sondern das Verfahren an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe weitergeleitet (AZ: 7K 143/08).



Foto: Eppelle/fotolia

**Das Bundesverfassungsgericht muss über den Solidaritätsbeitrag entscheiden.**

Streit um Jobcenter auf dem Rücken der Betroffenen

## Hartz-IV-Betreuung aus einer Hand muss bleiben

**Ursula Engelen-Kefer, ehemalige Vize-Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), ist Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialversicherung im Sozialverband Deutschland.**

Der politische Streit um die Neuordnung der Jobcenter zur Betreuung Langzeitarbeitsloser ist in eine neue Runde getreten. Leidtragende sind 7 Millionen Menschen, die zum Leben auf Hartz IV angewiesen sind, sowie die etwa 50000 Mitarbeiter in den Jobcentern. Das Bundesverfassungsgericht hatte Ende 2007 – vor 15 Monaten – die derzeitige Mischform der Arbeitsgemeinschaften aus Arbeitsagenturen und Kommunen (ARGE) für nicht verfassungsgemäß erklärt und eine Lösung bis 2010 gefordert. Nach dieser Entscheidung sowie den unterschiedlichen Interessen quer durch Parteien, Bundesagentur, Länder und Kommunen ist es nicht leichter geworden, eine nachhaltige Lösung zu erreichen. Entscheidend ist aber, dass dabei die betroffenen, Hilfe suchenden Menschen nicht unter die Räder geraten. Auch nach fünf Jahren Hartz IV konnten die Schwachstellen der missglückten Hartz-IV-Gesetze nicht behoben werden. Das „Fördern“ – mithin die Eingliederung in existenzsichernde Arbeit – tritt nach wie vor hinter dem „Fordern“ – Druck auf Arbeitslose – weithin in den Hintergrund.

Nach den jüngsten Vorschlägen von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen droht jetzt das Damoklesschwert der Auflösung der 2005 neu geschaffenen Ämter aus Arbeitsagenturen und Kommunen. Beide sollen – wie es das Bundesverfassungsgericht verlangt und auch der Koalitionsvertrag vorsieht – ihre jeweiligen Aufgaben in eigener Verantwortung wahrnehmen. Grundsätzlich gewähren die Arbeitsagenturen die Leistung des Arbeitslosengeldes II sowie die Maßnahmen zur Integration der Langzeitarbeitslosen, die Kommunen die flankierenden, sozialen Maßnahmen sowie die Kosten der Unterkunft und Heizung. Beide Seiten sollen auf freiwilliger Basis zusammenarbeiten. Dazu soll die Bundesagentur Vorschläge vorlegen und die Bundesregierung Musterverträge ausarbeiten. Darüber hinaus sollen wechselseitig Beauftragungen an die jeweils andere Seite für die Durchführung einzelner Aufgaben möglich sein. Bereits diese Eckpunkte zur Neuorganisation von Hartz IV deuten auf erhebliche Ungereimtheiten und Reibungsverluste bei der Umsetzung hin: Schon die Zusammenarbeit beider Behördenstränge in den ARGE mit gesetzlicher Verpflichtung zur Zusammenarbeit hat auch nach drei Jahren der Anpassung erhebliche Schwachstellen aufgewiesen. Wie soll dies dann bei freiwilliger Zusammenarbeit der beiden eigenständigen Behördenstränge überwunden werden? Und: Die Beschäftigten aus beiden Ämtern, die sich mühselig – mehr oder weniger erfolgreich – zusammengerauft haben, werden wieder auseinandergerissen. Auch bei allen Bemühungen zur Zusammenarbeit werden Reibungsverluste und Schnittstellen zwischen den beiden Behördensträngen nicht zu verhindern sein. Dies wird letztlich auf dem Rücken der betroffenen Menschen und damit der Ärmsten der Armen ausgegossen. Genau dies zu überwinden, war die erklärte Zielsetzung der ungeliebten Hartz-IV-Reform. Anstelle einer erneuten, langwierigen Befassung mit der eigenen Organisation müssten in der gegenwärtigen Beschäftigungskrise alle Kräfte bei den Jobcentern auf die Integration der Arbeitslosen gerichtet werden. Es muss schnellstmöglich ein Lösung gefunden und durchgesetzt werden.



Ursula Engelen-Kefer

Neuerungen aus den Bereichen Soziales, Gesundheit und Steuern

# Was ändert sich für die Bürger 2010?

Noch sind nicht alle Entscheidungen gefallen, die für die Bürger im kommenden Jahr wichtig sind. Viele Neuerungen stehen aber bereits fest. Nachfolgend ein Überblick:

### Arbeitsmarkt/ Kurzarbeitergeld

Die Kurzarbeiter-Regelung wird um ein Jahr verlängert. Kurzarbeitergeld, das 2010 erstmals beantragt wird, kann aber nur noch maximal 18 Monate lang bezogen werden. Derzeit sind es bis zu zwei Jahre.

### Sozialversicherungen/ Beitragsbemessungsgrenzen

Besserverdiener werden monatlich etwa 18 Euro mehr an Sozialabgaben zahlen müssen. Das bringt die zum Jahreswechsel übliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen mit sich. In der Renten- und Arbeitslosenversicherung steigt die Beitragsbemessungsgrenze um jeweils 100 Euro auf monatlich 5500 Euro im Westen und 4650 Euro im Osten.

In der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung wird die Grenze einheitlich um 75 Euro auf 3750 Euro nach oben verschoben. Oberhalb dieser Grenzen werden keine weiteren Sozialabgaben fällig.

### Krankenkassen

Die Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung steigt von 48600 Euro auf 49950 Euro pro Jahr. Wer drei

Jahre lang oberhalb dieser Grenze verdient, kann in die private Krankenversicherung wechseln. Neu ist: Alle Krankenkassen sind vom neuen Jahr an insolvenzfähig – auch Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK) und andere regionale Kassen. Bislang waren nur Kassen unter Bundesaufsicht – wie Barmer und DAK – insolvenzfähig. Bei einer Pleite haften die anderen Kassen der jeweiligen Kassenart.

Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung können in größerem Umfang als bisher steuerlich abgesetzt werden. Arbeitnehmer werden damit um rund 9,5 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Der Steuerbonus fällt für Geringverdiener großzügiger aus als zunächst geplant. So sind Beiträge für die Arbeitslosen-, Haftpflicht-, Unfall- und Berufsunfähigkeits-Versicherung auch künftig absetzbar – allerdings nur, wenn die künftigen Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen durch die Kranken- und Pflegekassenbeiträge noch nicht ausgeschöpft sind. Die Höchstgrenzen betragen 1900 Euro für Arbeitnehmer und Beihilfeberechtigte und 2800 Euro für Steuerpflichtige, die ihre Krankenversicherung allein tragen. Darüber hinaus können

mindestens die tatsächlich geleisteten Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung angesetzt werden.

### Ehegatten- besteuerung

Die bei Ehegatten wegen hoher Abschläge unbeliebte Steuerklasse V wird entschärft. Von 2010 gilt für Doppelverdiener-Ehepaare ein freiwilliges Faktorverfahren.

Konkret sollen Ehepaare mit unterschiedlich hohem Einkommen nicht nur die Kombination der Steuerklassen III und V wählen, sondern optional gemeinsam nach Steuerklasse IV mit Faktor besteuert werden können.

Dabei wird der Steuervorteil des Ehegattensplittings bei beiden Eheleuten schon bei der monatlichen Lohnauszahlung und nicht erst später beim Steuerjahresausgleich berücksichtigt. Damit soll sichergestellt werden, dass geringer verdienende Ehegatten nicht mehr so hoch belastet werden wie in der Steuerklasse V.

### Grundfreibetrag

Der steuerliche Grundfreibetrag steigt zum Januar von jährlich 7834 Euro auf 8004 Euro für Alleinstehende. Wer unter diesem Einkommen liegt, muss keine Steuern zahlen.

### Elektronischer Entgeltnachweis

Der elektronische Entgeltnachweis „Elena“ soll rund 3,2 Millionen Arbeitgebern entgegenkommen, die jährlich etwa rund 60 Millionen Bescheinigungen über Einkommen und Beschäftigung ihrer Mitarbeiter ausstellen. Diese werden bisher aus-



Foto: Webgalerist/fotolia

**Auch Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK) und andere regionale Kassen können ab 2010 pleitegehen. Bei einer Pleite haften die anderen Kassen der jeweiligen Kassenart.**

gedruckt und von Ämtern zur Bewilligung von Sozialleistungen später wieder per Hand eingegeben. Elena startet zwar erst 2012, Arbeitgeber müssen aber bereits vom 1. Januar 2010 an monatlich Daten an eine zentrale Speicherstelle senden.

### Kinderfreibetrag

Der jährliche Kinderfreibetrag soll von 6024 auf 7008 Euro angehoben werden. Das monatliche Kindergeld wird um je 20 Euro erhöht – also auf 184 für das erste und zweite Kind, auf 190 Euro für das dritte Kind und auf je 215 Euro für das vierte sowie weitere Kinder.

### Erbrecht

Für Erbschaften gelten von 2010 an neue Regeln. Mit der Reform des mehr als 100 Jahre alten Erbrechts soll der Wille der Erblasser gestärkt

werden. Die Pflege von Eltern und Großeltern wird besser honoriert, die Fristen für die Verjährung werden verkürzt.

### Mehrwertsteuer

Ab 1. Januar sollen für Übernachtungen im Hotel- und Gaststätten-gewerbe 7 Prozent gelten.

### Bleiberecht

Das Bleiberecht für Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe wird zum 1. Januar um zwei Jahre bis Ende 2011 verlängert.

Ohne diesen Beschluss der Innenminister von Bund und Ländern hätte Anfang 2010 etwa 30000 Flüchtlingen aus unterschiedlichen Ländern der Rückfall in die Duldung und damit möglicherweise eine Abschiebung gedroht.

dpa



Foto: visionär/fotolia

**Die Sätze für Pflegebedürftige steigen im Jahr 2010.**

## Europäische Union will Engagement fördern

# 2011 wird das Jahr der Freiwilligen

Im Jahr 2011 soll nach den Plänen der Europäischen Kommission die Freiwilligentätigkeit in den Mitgliedsstaaten gefördert werden. Nach Angaben des Familienministeriums sind im Budget der EU dafür 8 Millionen Euro vorgesehen. Davon sollen etwa 450000 Euro auf Deutschland entfallen.

Im Mittelpunkt des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit sollen die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, die Stärkung von

Freiwilligenorganisationen und die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten stehen. Nach Umfragen sei Freiwilligenarbeit für 75 Prozent

der jungen Europäer wichtig, nur 16 Prozent arbeiten jedoch tatsächlich ehrenamtlich für Organisationen oder Vereine.

Die Entscheidung der Europäischen Kommission wurde von den im Bundestag vertretenen Parteien begrüßt. Die CDU hob die europaweit herausragende Bedeutung ehrenamtlichen Engagements in Deutschland hervor, während die FDP auf das Potenzial freiwilliger Arbeit zur Integration von Minderheiten und Migranten hinwies. Bei der Regelung des gesetzlichen Status von Freiwilligen solle Deutschland nach Überzeugung der SPD eine Vorbildfunktion einnehmen. Die Linke mahnte dazu, Stellen in Krankenhäusern oder Altenheimen nicht durch Freiwillige, sondern durch ausgebildete Krankenschwestern und Pfleger zu besetzen. Die Grünen forderten einheitliche und transparente rechtliche Bedingungen für alle ehrenamtlich Engagierten.

bundestag.de

## Mehr Geld in der Pflege

Mehr Geld für Pflegebedürftige gibt es ab Januar 2010. In den einzelnen Stufen steigen die Sätze um 120 bis 480 Euro pro Jahr; weitere Erhöhungen folgen 2012. Die Übersicht (pro Monat):

### Pflegegeld:

- Stufe I von 215 Euro auf 225 Euro, ab 2012 auf 235 Euro
- Stufe II von 420 Euro auf 430 Euro, ab 2012 auf 440 Euro
- Stufe III von 675 Euro auf 685 Euro, ab 2012 auf 700 Euro.

### Pflege-Sachleistungen:

- Stufe I von 420 Euro auf 440 Euro, ab 2012 auf 450 Euro
- Stufe II von 980 Euro auf 1040 Euro, ab 2012 auf 1100 Euro
- Stufe III von 1470 Euro auf 1510 Euro, ab 2012 auf 1550 Euro.

### Bei stationärer Unterbringung:

- Stufe III von 1432 Euro auf 1510 Euro, ab 2012 auf 1550 Euro
- Härtefälle von 1750 Euro auf 1825 Euro, ab 2012 auf 1918 Euro (die Sätze in den Stufen I/II bleiben bei 1023 Euro und 1279 Euro).

Auch die Leistungen der Tages- und Nachtpflege (teilstationäre Pflege) werden angehoben – im gleichen Umfang wie die Pflege-Sachleistungen:

- Stufe I von 420 Euro auf 440 Euro, ab 2012 auf 450 Euro
- Stufe II von 980 Euro auf 1040 Euro, ab 2012 auf 1100 Euro
- Stufe III von 1470 Euro auf 1510 Euro, ab 2012 auf 1550 Euro.

Die Leistungen zur Kurzzeitpflege steigen – für alle drei Pflegestufen – ab 2010 von 1470 Euro auf 1150 Euro ab 2012 auf 1550 Euro. Will ein pflegender Angehöriger oder Bekannter Urlaub machen, so finanziert die Krankenkasse bis zu vier Wochen im Jahr eine „Verhinderungspflege“. Dafür muss er bereits mindestens sechs Monate lang die Pflege übernommen haben. Die für die Pflegetätigkeit fälligen – von der Kasse gezahlten – Rentenversicherungsbeiträge laufen auch während des Urlaubs weiter. Laien-Pflegekräfte, die Arbeitnehmer sind, haben Anspruch auf eine „Pflegezeit“: Sie können sich (in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten) insgesamt bis zu sechs Monate von der Arbeit freistellen lassen. Sie beziehen kein Gehalt, bleiben aber sozialversichert. Wird jemand unerwartet zum Pflegefall, so können Beschäftigte unabhängig von der Pflegezeit kurzzeitig eine – ebenfalls unbezahlte – Freistellung für bis zu 10 Arbeitstage beanspruchen.

wb

## OECD für stärkere Vermögensbesteuerung

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat sich für eine stärkere Vermögensbesteuerung in Deutschland ausgesprochen. Für eine zunehmende Finanzierung der Sozialsysteme neben der Mehrwertsteuer auch Steuern auf Umwelt- und Ressourcennutzung oder die im internationalen Vergleich niedrigen Steuern auf Vermögen herangezogen werden, forderte die Wirtschaftsorganisation.

Nach Darstellung der OECD-Experten lagen die Einnahmen aus Substanzsteuern – hierzu gehören sowohl Grund- als auch Vermögens-, Schenkungs- und Erbschaftsteuer – in Deutschland 2008 stabil bei 0,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Dies sei weniger als die Hälfte des Durchschnitts der 30 OECD-Länder, der im Jahr 2007 bei 1,9 Prozent lag.

dpa

# SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut

## Alt und Jung unter einem Dach: Projekt generationenübergreifendes Wohnen

Für die Projekte im Rahmen der Aktion „Gut tun macht Schule“ wurde der SoVD Kirchweyhe kürzlich bei einem Wettbewerb ausgezeichnet (wie berichtet). Noch während der Freude über diesen Erfolg hat Initiatorin Rita Wegg schon ein neues Ziel vor Augen: ein generationenübergreifendes Wohnprojekt in Weyhe. Potenzielle Grundstücke wurden bereits ausgemacht, ein Investor gefunden und Unterstützung von Politikern zugesagt.

„Diese Wohnform soll den Austausch der Generationen fördern, eine selbstbestimmte Lebensgestaltung im Alter gewährleisten, Begegnungsmöglichkeiten zwischen Jung und Alt schaffen sowie soziale Netzwerke aufbauen“, erklärte Rita Wegg, Vorsitzende des SoVD-Ortsverbandes Kirchweyhe, bei der Vorstellung des Konzeptes vor dem Weyher Ratsausschuss Bau, Planung und Umwelt im Dezember.

Geplant sind Reihenhäuser oder Wohnungen mit einem Gemeinschaftsbereich als Treffpunkt. Bei der Auswahl der möglichen Grundstücke wurden viele Kriterien bedacht – unter anderem die zentrale Lage und damit Nähe zu Bushaltestellen, Bahnhof, Ärzten, Apotheke, Banken, Sozialstation, Gaststätten, dem Altenwohnheim sowie der Kirche. Als Architekten wurden Silvia Tannert und Ronald Künzel gewonnen. Zweiterer hat Erfahrung mit den Bedürfnissen älterer Menschen; er gestaltete die Seniorenwohnanlage am Leester Lerchenhof.



Foto: Blasczyk

Von links: Architektin und SoVD-Mitglied Silvia Tannert, Architekt Ronald Künzel und SoVD-Ortsvorsitzende Rita Wegg.

### Barrierefrei mit Service

Die Anlage soll barrierefrei gestaltet und von einem Serviceangebot begleitet werden – angedacht sind:

- Hilfe bei der Hausarbeit
- Begleitung zu Behörden, beim Einkauf oder Arztbesuch
- Unterstützung bei Formalitäten
- kleine Reparaturarbeiten
- Sicherheitsbesuche oder -anrufe
- Hausnotruf
- Pflegedienstleistungen
- Dienste wie Vorlesen oder Spazierengehen und vieles mehr.

Was die Finanzierung des umfangreichen Wohnprojektes betrifft, ist die Planungsgruppe zuversichtlich, denn ein Investor ist bereits gefunden.

Außerdem gäbe es Fördermöglichkeiten über das Land, die NBank und die KfW-Bank sowie seitens des Bundesfamilienministeriums. Des Weiteren sicherten bei der Ratsausschuss-Sitzung die Fraktionen ihre Unterstützung zu. Frank Seidel (SPD), Elmar Könemund (Die Grünen), Hermann Rendigs (CDU) und Dr. Marco Gen-

the (FDP) lobten das Projekt und betonten: „Solch eine Wohnform hat Zukunft.“ Auch das Forum für gemeinschaftliches Wohnen in Hannover will Hilfestellung geben.

Bei der Planungsgruppe handelt es sich um ein Netzwerk von Dipl.-Ing. Architekt Silvia Tannert, dem Architekten Ronald Künzel, Architekturbüro Künzel+Phol und Partner, der Dipl.-Gerontologin Melanie Philip vom Vita Center in Vechta, Erstanlauf- und Beratungsstelle für Senioren, Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, sowie Rita Wegg vom SoVD. Sie will im Rahmen der Initiative „Gut tun macht Schule“ das Wohnprojekt unterstützen.



## Buchvorstellung

# Werkstätten für behinderte Menschen



Bereits in der 5. Auflage erschien kürzlich ein Kommentar zum Recht der Werkstätten für behinderte Menschen beim C.H. Beck Verlag. Das Buch von Dr. Horst H. Cramer ist ein wichtiger Wegweiser für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen im zuweilen schwierigen Recht der beruflichen Rehabilitation. Auch für die praktische Arbeit von Beratungsstellen sowie im Alltag von Leistungsträgern und -erbringern stellt das Buch einen wichtigen Beitrag zugunsten der Rechte von Menschen mit Behinderung dar.

Der Kommentar zeichnet ein umfassendes Bild zur Entwicklung und zum gegenwärtigen Stand des Rechts der Werkstätten und bezieht

auch aktuelle Gesetzesentwicklungen mit ein. So wird beispielsweise die UN-Behindertenrechtskonvention ebenso aufbereitet wie das Gesetz zur unterstützten Beschäftigung vom Dezember 2008. Darüber hinaus geht das Buch auf mögliche Entwicklungen, insbesondere im Recht der Eingliederungshilfe, ein. Der Kommentar stellt das Sozialgesetzbuch IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – in allen werkstattrelevanten Bereichen umfassend dar.

Dr. Cramer hat als langjähriger Referatsleiter für Behindertenrecht und Behindertenpolitik im Bundessozialministerium das Werkstättenrecht von Beginn an geprägt und begleitet. Im Sozialpolitischen Ausschuss sowie im Arbeitskreis Rehabilitation/Soziales Entschädigungsrecht des SoVD-Bundesverbandes bringt er sein Fachwissen seit vielen Jahren ein.

Dr. Horst H. Cramer, *Werkstätten für behinderte Menschen*. C.H. Beck-Verlag 5. Auflage 2009, 652 Seiten, ISBN 978-3-406-55554-1, 38 Euro. Bestellung: C.H. Beck-Verlag, Postfach 400305, 80703 München, Tel.: 0180/55134134, E-Mail: kunden-service@beck-shop.de oder unter www.beck-shop.de.

## Personalien



**Klaus Michaelis**, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD-Bundesverbandes, feierte am 20. Dezember seinen 65. Geburtstag.

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr!

## Beitrittserklärung



(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e.V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name  Vorname

Straße  PLZ

Telefon  Ort

Geburtsdatum  E-Mail

SoVD-Ortsverband  Eintritt in den SoVD am

### Geworben durch:

### Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag

Name  1 Name und Geburtsdatum

Straße  2 Name und Geburtsdatum

PLZ, Ort  3 Name und Geburtsdatum

SoVD-Ortsverband  4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

### Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband  Postversand

### Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro  Partnerbeitrag 7,15 Euro  Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

### Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland (SoVD) die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zulasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

### Abruf:

1/4-jährlich ab   1/2-jährlich Kontoinhaber   jährlich Konto

BLZ  Geldinstitut

Der SoVD hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein  ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein  ja

Ort, Datum  Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.



Serie „Gesundheit und Recht“ – Teil I

# Ihre Rechte in der Arztpraxis

In unserer Serie „Gesundheit und Recht“ beschäftigen wir uns mit den Leistungen, auf die Sie als Patient Anspruch haben. Dabei hinterfragen wir, inwieweit diese Rechte nur auf dem Papier stehen oder sich auch im Alltag durchsetzen lassen. Im ersten Teil wenden wir uns dem Besuch in der Arztpraxis zu. Viele Situationen und daraus resultierende Probleme kennen gesetzlich Versicherte vermutlich aus eigener Erfahrung – angefangen bei einer langfristigen Terminvergabe bis hin zu endlos langen Wartezeiten in der Sprechstunde.



Als Patient haben Sie bestimmte Rechte, auf deren Beachtung durch den Arzt, die Krankenschwester oder die Sprechstundenhilfe Sie im Einzelfall auch durchaus bestehen sollten. Allerdings gilt hier wie in anderen Bereichen des täglichen Lebens auch, dass Detailfragen nicht immer eindeutig zu beantworten sind. Im Einzelfall lohnt es sich daher, zunächst das Gespräch zu suchen. Das ist in der konkreten Situation nicht immer leicht, weil man gerade beim Arztbesuch häufig gesundheitlich angeschlagen ist und damit von vornherein aus einer schwächeren Position heraus agiert. Wenn man sich nicht hilflos ausgeliefert fühlen will, sollte man daher rechtzeitig die existierenden Möglichkeiten zur Beratung nutzen.



## Info

Beratung erhalten Sie unter anderem bei folgenden Stellen:

- Sozialberatungsstelle des SoVD (Kontakt erhalten Sie über den für Sie zuständigen Landesverband)
- Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD), Tel.: 0800/0117722 (kostenfrei).
- Service-Telefon „Clarimedis“ für Versicherte der AOK, Tel.: 0180/22650000 (6 Cent pro Minute aus dem Festnetz).

Bei vielen Leistungen gilt es zu differenzieren zwischen dem, was allgemein in unserem Gesundheitssystem zu kritisieren ist, und dem, was sich daraus auch konkret als Anspruch ableiten lässt. Ein Beispiel hierfür ist die Terminvergabe für gesetzlich bzw. privat versicherte Patienten. Selbstverständlich haben beide einen gleichwertigen Anspruch auf qualifizierte Versorgung und Behandlung. Dennoch darf der Arzt seinen Privatpatienten einen früheren Termin anbieten – eine Ausnahme sind Notfälle, in denen der Mediziner zur Behandlung verpflichtet ist. Das bedeutet, dass Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) schon jetzt gegenüber Mitgliedern der privaten Krankenversicherung (PKV) benachteiligt sind und eben unter Umständen länger auf einen Arzttermin warten müssen. Diese Ungleichbehandlung ist zu kritisieren – wie dies der SoVD auch seit Jahren vehement tut. Doch was bedeutet das im Einzelfall für den betroffenen Patienten?

Wir haben mit Vertretern der Unabhängigen Patientenberatung, der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung gesprochen und ihnen

konkrete Probleme geschildert, denen Menschen beim Arztbesuch gegenüberstehen. Wenn die Antworten auch abhängig von der jeweiligen Sichtweise etwas variieren, so geben

sie doch wichtige Hinweise, wie man sich als Betroffener verhalten sollte und wie sich die Problematik aus der Sicht des Arztes oder der Krankenkasse darstellt.

In der nächsten Folge unserer Serie „Gesundheit und Recht“ beschäftigen wir uns mit Ihren Rechten als Patient bei einem Aufenthalt im Krankenhaus. *jb*

## Unabhängige Patientenberatung

**Rainer Sbrzesny arbeitet als Patientenberater für die Unabhängige Patientenberatung (UPD) in Potsdam, zu deren Trägern auch der SoVD gehört. In einem Gespräch mit der SoVD-Zeitung gab er wichtige Tipps für das richtige Verhalten in bestimmten Situationen.**

\_\_\_ *Muss ich es als gesetzlich Versicherter hinnehmen, dass ich auf den Termin beim Arzt mehrere Wochen oder gar Monate warten muss?*

Dummerweise ja. Eine Ausnahme sind allerdings Notfälle, bei denen jeder Arzt zu einer Behandlung verpflichtet ist. Ansonsten könnte man allenfalls den Arzt wechseln, was aber gerade im ländlichen Bereich nicht so einfach ist.

Wenn ein Arzt nur kurze Sprechstunden anbietet und sehr wenige Patienten behandelt, kann es sinnvoll sein, die Kassenärztliche Ver-

einigung zu informieren. Die kann überprüfen, ob der Arzt seinen Verpflichtungen nachkommt.

\_\_\_ *Wie kann ich vermeiden, dass mich die Sprechstundenhilfe vor anderen Patienten zu meinen Beschwerden befragt?*

Die Patienten haben ein Recht auf Schutz ihrer Intimsphäre – diese hat wirklich nur den behandelnden Arzt und den Patienten zu interessieren. Man sollte sich auch nicht scheuen, bereits am Empfang darauf hinzuweisen.



Rainer Sbrzesny

\_\_\_ *Wann kann ich bedenkenlos die Meinung eines anderen Arztes der gleichen Fachrichtung einholen?*

Als Grundprinzip gilt die freie Arztwahl. Wenn ich keine separaten Verträge mit meiner Krankenkasse abschließe – wie etwa beim Hausarztmodell –, bin ich nicht gebunden und kann mir bei Fachärzten eine zweite Meinung holen. Eine Ausnahme stellt die zahnärztliche Versorgung dar. Wenn ich wegen Zahnersatz in Behandlung bin, trägt dieser Arzt die Gewährleistungsrechte und muss für etwaige Folgeschäden aufkommen. Wechselt man im Laufe einer Behandlung den Arzt, könnte es passieren, dass die Krankenkasse die Kostenübernahme verweigert.

\_\_\_ *Was kann ich tun, wenn mir mein Arzt ein bestimmtes Medikament nicht verschreiben will, weil sein Budget bereits erschöpft sei?*

Wenn der Arzt erklärt, sein Budget sei erschöpft, sieht er offensichtlich die Notwendigkeit einer Behandlung. Dann ist der Rückzug auf die Budgeterschöpfung nicht zulässig. Allerdings nehmen viele Ärzte keine neuen Patienten mehr auf, wenn bereits absehbar ist, dass ihr Budget erschöpft ist. Manche Patienten „tricksen“ auch, indem sie zu zwei Ärzten gehen – allerdings müssen sie dann gegebenenfalls erneut die 10 Euro Praxisgebühr bezahlen.



Foto: Rose/SoVD

**Der Gang zum Arzt ist selten angenehm, ist er doch in der Regel einer Erkrankung geschuldet. Unangenehm kann es im Verlauf des Praxisbesuches auch aus anderen Gründen werden. Da ist es gut, wenn man seine Rechte als Patient kennt.**

## AOK-Bundesverband

**Die Perspektive der Krankenkasse vertrat Monika Schneider gegenüber der SoVD-Zeitung. Sie ist Referentin für Patientenrechte und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim AOK-Bundesverband.**

\_\_\_ *Woran liegt es, dass man teilweise sehr lange auf einen Termin beim Arzt warten muss?*

Das hat unterschiedliche Gründe. Zum einen gibt es Regionen mit wenigen Fachärzten, wo es zu Wartezeiten kommen kann. Zum anderen kann es auch in den Organisationsabläufen der Praxis begründet liegen. Schön wäre, wenn die Ärzte sich untereinander mehr vernetzen, um so bessere Informationsflüsse zu organisieren. Das spart Zeit. Was nicht passieren darf, ist, dass Patienten aufgrund ihrer Versicherung unterschiedlich behandelt werden. Schließlich zahlen die gesetzlich Versicherten mit ihren Beiträgen zu 90 Prozent die Einkommen der Ärzte.

\_\_\_ *Gibt es vonseiten der Krankenkasse Bedenken, wenn ein Patient wegen einer Zweitmeinung noch einen anderen Facharzt konsultiert?*

Nein, der Patient kann sich in jedem Fall frei entscheiden. Man sollte auch den behandelnden Arzt darauf ansprechen, dass man gerne die Meinung eines Fachkollegen einholen würde. Davon abgesehen gibt es auch die Möglichkeit, sich bei den medizinischen Hotlines der großen Krankenkassen zu informieren. Mit „Clarimedis“ bietet die AOK ihren 24 Millio-

nen Versicherten unabhängigen Expertenrat zu allen Fachrichtungen. Hier gibt es auch Tipps, wie sich der Patient aktiv in den Behandlungsprozess einbringen kann.

\_\_\_ *Ärzte sollen Patienten optimal versorgen, gleichzeitig aber auch wirtschaftlich angemessen handeln. Ist das nicht gerade aus Sicht der Patienten ein Widerspruch?*

Ich denke, dass der bestmögliche Behandlungserfolg Wirtschaftlichkeit einschließt. Eine schnelle Heilung oder Linderung von Leiden ist ja auch Ziel ärztlichen Handelns. Arzt und Patient sollten das gleiche Behandlungsziel haben und verfolgen. Das heißt, es wird zum Beispiel nicht nur ein Medikament verschrieben, sondern im Gespräch auch geklärt, wie es einzunehmen ist und was der Patient selbst dazu beitragen kann, das gemeinsam formulierte Therapieziel zu erreichen. Dies trägt wesentlich zu einer Erhöhung der Therapiemotivation bei.



Monika Schneider

## Kassenärztliche Bundesvereinigung

**Wie stellen sich Patientenrechte aus Sicht der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) dar? Wir haben mit Dr. Roland Stahl gesprochen. Er ist Leiter des Dezernats Kommunikation bei der KBV.**

\_\_\_ *Schon bei der Terminvergabe fühlen sich gesetzlich Versicherte häufig benachteiligt – zu Recht?*

Zunächst gibt es kein Grundrecht, sofort einen Termin zu bekommen. Der Arzt entscheidet bei der Terminvergabe nach medizinischen Gesichtspunkten. Ist eine unmittelbare Behandlung nicht dringend erforderlich, darf er dem Patienten durchaus einen späteren Termin zuweisen.

\_\_\_ *Mit welchen Argumenten ließe sich ein Patient beschwichtigen, der trotz eines Termins längere Wartezeiten in Kauf nehmen musste?*

Wenn die Praxis einfach voll ist, kann man nur darum bitten, dass

der Patient das nötige Verständnis mitbringt. Wenn es jedoch an einer schlechten Organisation der Abläufe innerhalb der Praxis liegt, sollte der Patient seinen Unmut – natürlich in der gebotenen Höflichkeit – dem Arzt mitteilen. Allgemein sind die Ärzte dazu verpflichtet, Qualitätsmanagement zu betreiben. Von einer gut geführten Praxis hat letztlich auch der Arzt selbst einen Vorteil – in Gestalt zufriedener Patienten.

\_\_\_ *Ein Patient bekommt gesagt: „Das Medikament kann ich Ihnen nicht verschreiben, mein Budget ist bereits erschöpft.“ Wie kommt der Arzt zu dieser Aussage?*

Das ist natürlich auch ein Aus-



Dr. Roland Stahl

druck der knappen Mittel, die in der ambulanten Versorgung leider Realität sind. Hier sollten natürlich auch die medizinischen Gesichtspunkte überwiegen. Ich kann aber verstehen, dass Ärzte unter Umständen zögern, weil der Druck auf sie gerade im Arzneimittelbereich enorm ist.



## Mit spitzer Feder

### Cartoons von Phil Hubbe



ESKIMO MIT SEEHUND



## Filmtipp

### DVD-Box „Straßenfeger“: Zu viele Köche / Rebellion der Verlorenen

In der Straßenfeger-Edition erleben die besten Krimis der sechziger und siebziger Jahre ihr Comeback auf dem heimischen Bildschirm. In dieser Box gibt es unter anderem ein Wiedersehen mit Joachim Fuchsberger, Horst Tappert, Heinz Klevenow und Martin Lüttge.

**Zu viele Köche:** Nur die Besten kochen bei dem New Yorker Event für Gourmets. Mittendrin: der bekannte New Yorker Privatdetektiv Nero Wolfe, der gutes Essen liebt. Natürlich dauert das sorglose Genießen der exzellenten Speisen nicht lange an. Eine angebliche Morddrohung, eine Warnung und ein Toter versauen Wolfe und seinem Kollegen Archie Goodwin den Appetit. Doch was hat Wolfes Freund Marko Vukow mit all dem zu tun?

**Rebellion der Verlorenen:** Drei



im Wirtschaftswunder-Boom kläglich gescheiterte Brüder gelangen zu der Ansicht, sich ihr soziales Prestige mit Gewalt holen zu müssen. Bei dem Versuch, dies zu tun, passiert etwas Schreckliches. Die Spannung entsteht nicht zuletzt aus der Verschiedenheit der Brüder.

*Straßenfeger Nr. 16: Zu viele Köche/Rebellion der Verlorenen. Studio Hamburg 2009, 4 DVDs, ca. 506 Minuten, 29,95 Euro.*

**Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges insgesamt drei DVD-Boxen. Schicken Sie hierfür eine E-Mail an: [filmtipp@sovd.de](mailto:filmtipp@sovd.de), bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „Straßenfeger“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.**



## Stimmt es eigentlich, dass...

### ...ein Handy verrät, wo man sich befindet?

**Fungiert ein Mobiltelefon etwa als „Spion in der Tasche“? In Filmen zumindest wird immer wieder gezeigt, dass auch ausgeschaltete Handys Signale senden und dadurch getortet werden können. Stimmt das?**

Ein eingeschaltetes Handy ist leicht zu orten – es hält Kontakt mit den nächstgelegenen Funkmasten, so weiß der Netzbetreiber stets, in welcher Funkzelle sich das Gerät befindet. Das heißt in dicht besiedelten Gebieten: bis auf 50 oder 100 Meter genau. Aber geht das auch, wenn das Gerät ausgeschaltet ist und sich nicht mehr aktiv im Netz anmeldet?

Der Aus-Schalter in modernen Mobiltelefonen tut längst nicht mehr das, was wir uns darunter vorstellen – nämlich, sämtliche Aktivitäten des Gerätes zu unterbrechen. Das kann man zum Beispiel daran sehen, dass man sich von den meisten Handys wecken lassen kann, auch wenn das Gerät ausgeschaltet ist. Zur gewünschten Weckzeit erwacht

das scheintote Telefon plötzlich zum Leben und beginnt zu piepsen.

Das unmanipulierte Handy des Durchschnittsbenutzers ist in diesem Schlummerzustand abhörsicher. Damit das Gerät nur so tut, als ob es aus sei, in Wirklichkeit aber sendet, muss seine Software manipuliert werden. Das ist prinzipiell möglich, sogar ohne dass der Abhörende das Handy in die Finger bekommt. Manche modernen Geräte – Sicherheitsexperten erwähnen vor allem das Modell Razr von Motorola und die 900er-Serie von Samsung – erlauben eine Aktualisierung der Software über das Netz. Obwohl dies eigentlich als Möglichkeit zur Fernwartung gedacht war, können prinzipiell auch ungebetene Zuhörer auf diesem Weg ein Mobiltelefon

zu einer Wanze umfunktionieren. Anfang Dezember wurde im Rahmen eines Prozesses gegen zwei New Yorker Mafiaverdächtige bekannt, dass das amerikanische FBI offenbar diese Methode genutzt hat, um die Beschuldigten abzuhören. Eine Bestätigung dafür ist von den Berufsspionen natürlich nicht zu bekommen, und auch Handyhersteller und Netzbetreiber hüllen sich in vielsagendes Schweigen.

Wer wirklich absolut sicher sein will vor ungebetenen Mithörern, der hält sich am besten an die Vorschrift, die in Vorstandsetagen oder Kabinettsrunden bei wichtigen Besprechungen gilt: Da müssen die Teilnehmer ihre Handys nicht nur ausschalten, sondern auch den Akku herausnehmen. *cd*



## Buchtipps

### Dieter Moor: Was wir nicht haben, brauchen Sie nicht

„Warum wollt ihr ausgerechnet dorthin, von wo alle abhauen?“



Freunde und Bekannte sind fassungslos, als Dieter Moor und seine Frau Sonja eröffnen, dass sie ihr Haus in der Schweizer Postkartenidylle verkauft haben, um nach Brandenburg zu ziehen. Im Dörfchen Amerika möchten sie dort ihren Traum vom eigenen Bauernhof verwirklichen.

Tatsächlich sind die neue Heimat, die neuen Nachbarn und das neue Leben für allerlei ungeahnte Herausforderungen, komische Missgeschicke und skurrile Situationen gut. Warum Dieter Moor dennoch sein Herz an Land und Leute verloren hat – davon erzählt er in diesem Buch. Eine charmante und witzige Liebeserklärung an eine verkannte Region.

Dieter Moor wurde 1958 in Zürich geboren und machte sich als Schau-

spieler und Moderator einen Namen. Nach verschiedenen Stationen beim deutschen sowie eigenen Talkshows im österreichischen und Schweizer Fernsehen präsentiert Dieter Moor seit 2007 das ARD-Kulturmagazin „Titel, Thesen, Temperamente“.

*Dieter Moor: Was wir nicht haben, brauchen Sie nicht. Rororo Taschenbuch 2009, 304 Seiten, ISBN: 978-3-499-62475-9, 8,95 Euro.*

**Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges insgesamt drei Exemplare des Buches. Schicken Sie hierfür einfach eine E-Mail an: [buchtipps@sovd.de](mailto:buchtipps@sovd.de), bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „Dieter Moor“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.**

#### Variante: LEICHT

4	9			5	7	
	6	○				
	7	1	5	9	2 3	
	5	7		2	○ 1	
1			3			8
	2		4		9	6
7	9		2	8	1	3
○						4
	8	3			7	5

#### Auflösung des Vormonats

7	4	9	6	8	1	5	3	2
6	2	3	9	5	7	1	8	4
5	8	1	4	3	2	6	7	9
4	7	8	1	6	3	2	9	5
1	6	2	8	9	5	7	4	3
9	3	5	7	2	4	8	1	6
3	5	7	2	1	9	4	6	8
2	1	6	3	4	8	9	5	7
8	9	4	5	7	6	3	2	1

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

#### Variante: MITTEL

	3				5		1
4	○		3		6	9	
				4	9		2
2		6		3			8
				2		○	
5				9		1	2
	7		9	1			
	6	2	○		5		4
9		8					1

#### Auflösung des Vormonats

7	9	4	8	6	2	1	3	5
1	6	8	3	7	5	2	9	4
5	3	2	9	1	4	7	8	6
2	7	9	6	5	8	3	4	1
4	8	3	1	2	9	6	5	7
6	1	5	7	4	3	9	2	8
8	5	6	2	9	7	4	1	3
9	4	1	5	3	6	8	7	2
3	2	7	4	8	1	5	6	9

Um eines von drei Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an [sudoku@sovd.de](mailto:sudoku@sovd.de). Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet ([www.sovd.de](http://www.sovd.de)): Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: [kontakt@sovd.de](mailto:kontakt@sovd.de)

#### Impressum

Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Baars, Cornelia Moosbrugger; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Moldenhauer; Sitz: Stralauer Straße 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030 / 72 62 22-0, Fax: 030 / 72 62 22-145. Internet-Adresse: [www.sovd.de](http://www.sovd.de). – E-Mail: [redaktion@sovd.de](mailto:redaktion@sovd.de). Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Wörpswede, Tel.: 047 92 / 22 16, Fax: 047 92 / 35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006.

Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Verbreitete Auflage, IVW, 3. Quartal 2009: 395 470 Exemplare.



fugenloser Fußboden	Geweihtteil	ital.: drei	Sportmantel	Erzbergwerk	Kopf	kleiner Bub (ital.)	Zeichen für Nickel	Schnellsegelschiff	Rheinzufluss in der Schweiz	Staat im Europ. Nordmeer	nachträgliche Montage	englische Prinzessin
Fett von Meeresäugern				hoher Marineoffizier		berühren		12		Koseform v. Katharina		ehem. UN-Generalsekretär (Kofi)
			15	politisches Gemeinwesen	14	Polizei-dienststelle	1	vermuten				
Schneidewerkzeug		Erfrischungsgetränk (Kurz-w.)		leichtathlet. Disziplin	11					sich täuschen		Fehllos
Unebenheiten beseitigen								schüchtern sein (sich ...)	römische Göttin der Jagd			9
				eigenartig, kurios		Schirmherr			dreistimmiges Gesangsstück	Verfall, Zusammenbruch	10	
Körperteil	altröm. Feldherr		Krankenpfleger (Kurz-wort)				5	süddt.: bebautes Ortsgebiet			Initia-len des Dichters Gogol	span. Artikel
dt. TV-Musikpreis				österr. mundartlich: hiesig				ugs.: nein Figur in „My Fair Lady“	Zeitungsfalschmeldung		3	
Bootswettkampf	bargeldloser Zahlungsverkehr	Nährmutter		Zahlwort				kreisförm. Gebilde dt. Pop-sängerin				
	2											
vorspringender Gebäudeteil				franz.: Abendgesellschaft								6
ital. Designer (Giorgio)								german. Gerichtsverband				
dän. Nordseeinsel												

**AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS**

www.kanzliti.de

155 Gipfelstuermer (1-14)

## Musiktipps

# Renaud Capuçon: Beethoven – Violinkonzerte



Er spielt den „Mozart des 20. Jahrhunderts“: Gerade hat Renaud Capuçon eine fulminante Aufnahme mit Mozart-Violinkonzerten vorgelegt, da scheint ihn die Lust an den Klassikern so richtig gepackt zu haben, denn er legt Beethovens Violinkonzert nach. Und er kombiniert es – nicht ohne tieferen Sinn – mit dem Konzert von Erich Wolfgang Korngold, den man wegen seiner genialen Begabung auch den „Mozart des 20. Jahrhunderts“ nennt.

*Renaud Capuçon: Beethoven / Korngold – Violin Concertos. EMI Records/Virgin Classic 2009, 1 CD, 17,95 Euro.*

**Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges drei CDs. Schicken Sie einfach eine E-Mail an: [musiktipps@sovd.de](mailto:musiktipps@sovd.de), bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stichwort „Concerto Italiano“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.**

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----

**Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.**  
**Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an:**  
**SoVD, Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an:**  
**[kreuzwortraetsel@sovd.de](mailto:kreuzwortraetsel@sovd.de). Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!**

## Frage des Monats

**Im Dezember** hatten wir uns mit dem Treffen der Staats- und Regierungschefs zum Klimagipfel in Kopenhagen beschäftigt. Wir wollten wissen, ob Sie für die schnelle Festlegung von Zielen zur Reduzierung von Treibhausgasen sind. 84 Prozent stimmten mit Ja, 16 Prozent waren anderer Meinung.

**Die Frage des Monats Januar lautet:**  
**Auf Seite 7 in dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit den Rechten von Patienten. Haben Sie es als Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung bereits persönlich erlebt, dass Sie gegenüber privat Versicherten benachteiligt wurden?**

Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage [www.sovd.de](http://www.sovd.de). Dort haben Sie auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren. Die Redaktion wertet alle Antworten aus und bemüht sich, diese – eventuell gekürzt – in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen.

## Bundesschatzmeisterin

### Vorsicht, wenn Ihnen jemand einen Cent überweist!

Seien Sie aufmerksam, wenn Ihnen eines Tages eine Überweisung in Höhe von einem Cent auf Ihrem Konto gutgeschrieben wird! Immer häufiger werden sogenannte 1-Cent-Überweisungen von Trickbetrügern genutzt, um fremde Kontodaten ausfindig zu machen.

Mithilfe eines Zufallsgenerators lassen sie sich eine ganze Liste von Kontonummern anfertigen, die alle zu einer bestimmten Bankleitzahl gehören. Anschließend nehmen sie eine Sammelüberweisung vor. Existiert eine Bankverbindung nicht, kommt die Überweisung nach wenigen Tagen zurück. Gibt es das Konto jedoch, erhält der Absender keine Fehlermeldung, der Betrag wird gutgeschrieben und es können kurz darauf – z. B. durch Überweisungen – Abbuchungen in größeren Summen vorgenommen werden.

Kontrollieren Sie daher am besten regelmäßig Ihre Kontoauszüge! Bemerken Sie unerklärliche Zu- und Abgänge, setzen Sie sich sofort mit Ihrer Bank in Verbindung und buchen Sie die Geldsumme zurück. Für die Rückbuchung ohne Angabe von Gründen haben Sie sechs Wochen Zeit. Unter Umständen ist der Betrugsversuch in Ihrer Bank bereits bekannt und die Rückbuchung kann mit dem Vermerk „Konto nicht existent“ erfolgen. Dies hätte zur Folge, dass der Überweisende Ihre Bankverbindung nicht erfahre. Lassen Sie sich zusätzlich von der Bank die Kontodaten des Absenders geben und informieren Sie umgehend die Polizei. Vermeiden Sie in jedem Fall, Telefonnummern anzurufen, die neben der Gutschrift auf dem Kontoauszug für mögliche Rückfragen angegeben sind. Hierbei können sehr hohe Kosten anfallen.



**Ihre Ingeborg Saffe  
Bundesschatzmeisterin**

## Anzeige

### Musikparade - Europas größte Tournee mit 400 Musikern aus vielen Nationen

# Militär-Musikschau kommt

Erleben Sie Anfang 2010 Europas erfolgreichste Militär- und Blasmusik-Tournee in 30 Städten.

Mehr als 400 Musiker aus vielen verschiedenen Nationen präsentieren bei der „Internationalen Musikparade“ ihr riesiges Repertoire der beliebtesten Märsche und Evergreens mit einer Prise Klassik, Folklore und moderner Unterhaltungsmusik.

Die „Musikparade“ bietet die Stars der Marschmusik und zieht das Publikum mit Pauken und Trompeten in ihren Bann.

Mit ihren prächtigen Uniformen und beeindruckenden Choreographien dürften die meisten Orchester den Liebhabern der Militär- und Blasmusik aus diversen Fernsehauftritten bekannt sein. Mit dabei sind Militärorchester aus Holland, Italien, Schottland und der Ukraine. Weitere Musikkorps werden aus Polen, Frankreich und Deutschland erwartet. Höhepunkt ist das stimmungsvolle Finale, bei dem sich alle Teilnehmer zum großen „Orchester der Nationen“ formieren und Märsche wie den „Radetzky-Marsch“ und „Alte Kameraden“ präsentieren. Besonderer Tipp für ein persönliches Geschenk:



**Bekannt aus dem TV: Die Musikparade mit neuer Show 2010**

Exklusiv unter der Tel.-Hotline 01805-602260\* oder 0441-20509190 können die Karten auch aufpreisfrei im hochwertigen Geschenkumschlag bestellt werden. Nur unter dieser Hotline erhalten Sie 10% Rabatt pro Karte. Sichern Sie sich jetzt die besten Plätze und freuen Sie sich auf die „Internationale Musikparade 2010“.

**Kartenvorverkauf**  
 Karten (29/37/45 Euro) am **Karten-Telefon 01805-602260\***, unter 0441-20509190 sowie bei allen bekannten Vorverkaufsstellen und im Internet unter [www.bundesmusikparade.de](http://www.bundesmusikparade.de)

(\*14 ct/min aus dem DTAG-Netz)

Termine 2010				
07.01. Oldenburg	21.01. Trier	25.02. Flensburg	07.03. Dortmund	20.03. Stuttgart
08.01. Nürnberg	22.01. Wetzlar	26.02. Braunschweig	12.03. Kiel	21.03. München
09.01. Koblenz	23.01. Ludwigshafen	27.02. Düsseldorf	13.03. Hamburg	07.04. Hannover
10.01. Bielefeld	12.02. Zwickau	28.02. Oberhausen	14.03. Leipzig	08.04. Saarbrücken
16.01. Dresden	13.02. Kassel	05.03. Hildesheim	18.03. Frankfurt	09.04. Kempten
17.01. Cottbus	14.02. Münster	06.03. Magdeburg	19.03. Erfurt	10.04. Würzburg

## Landesverband Bremen

## Doppelerfolg für BBW Bremen

Das Berufsbildungswerk (BBW) Bremen hatte im Herbst zweifach Grund zum Feiern: Seine Fußballmannschaft wurde norddeutscher Meister und das BBW präsentierte sich erfolgreich beim Tag der offenen Tür.

Im November fand die norddeutsche Fußballmeisterschaft der Berufsbildungswerke statt. Gastgeber der jährlich stattfindenden Meisterschaft war das BBW Bremen. Zum

Wettkampf waren Auszubildende der Berufsbildungswerke Berlin, Greifswald, Hamburg, Husum, Lingen, Neumünster, Potsdam, Stendal und Timmendorf angetreten. Für

die Auszubildenden ist die Meisterschaft ein wichtiges Event. Monatelang wurde intensiv trainiert. Nach hartem Ringen mit der Mannschaft aus Husum fiel beim letzten Spiel die Entscheidung: Die Bremer holten den Titel und werden somit an der Deutschen Meisterschaft der Berufsbildungswerke teilnehmen.

Als der ehemalige Werder-Fußballer Frank Neubarth die Siegerehrung vornahm, tobte die Halle. Veranstalter und Gäste lobten die gute Atmosphäre und faire Spielweise. So konnte die Siegerfeier nur noch ein Erfolg werden. Das BBW Bremen überraschte seine Gäste mit einem bunten Jahrmarkt; Feuerschlucker, Buden und Rodeoreiten waren die verdiente Belohnung für den anstrengenden Wettkampf.

Die Gastgeber erhielten neben der sportlichen Anerkennung auch für die Durchführung des Turniers viel Lob. Das BBW Bremen wurde als kreative Einrichtung mit hohem Organisationstalent wahrgenommen.



Siegerehrung von links: Geschäftsführer des BBW Bremen Gerd Meyer-Rockstedt, Ausbildungsleiter Rüdiger Berenthal, ehemaliger Werder-Fußballspieler Frank Neubarth und Kapitän Florian Neumann.



Rund 700 Besucher waren der Einladung des BBW Bremen zum Tag der offenen Tür gefolgt. An den zahlreichen Basarständen konnten Geschenke sowie kulinarische Köstlichkeiten erworben werden.

## Tag der offenen Tür

Beim Tag der offenen Tür präsentierte sich das BBW Bremen mit seiner ganzen Vielseitigkeit. Der Besucheransturm war groß: Im Foyer drängten sich Gäste an den Verkaufsständen. Stammgäste wollten das Kohl- und Pinkelessen nicht versäumen. Bei den Führungen durch Werkstätten und Wohnbereich gewannen die Gäste einen persönlichen Eindruck. Die Auszubildenden berichteten bereitwillig über ihre Arbeit. Für viele, die auf der Suche nach einer Ausbildungsmöglichkeit gekommen waren, ergaben sich in Gesprächen neue Perspektiven.

Sicher wird so mancher Besucher bald zu den rund 500 jungen Menschen gehören, die im BBW Bremen eine Ausbildung erhalten.

## Landesverband Bayern

## SoVD-Premiere auf der Consozial

Dieses Jahr präsentierte sich der SoVD erstmals auf der Consozial, der größten Sozialmesse Deutschlands. Der mit vereinten Kräften organisierte Messeauftritt war sehr erfolgreich – zahlreiche Besucher informierten sich über die Tätigkeit und Leistungen des SoVD, viele Gespräche wurden geführt und Kontakte geknüpft.

Eine Teilnahme an der Consozial in Nürnberg war seit längerem ein Ziel des SoVD-Landesverbandes Bayern. Mit Unterstützung des SoVD-Bundesverbandes wurde dies am 12. November 2009 ermöglicht.

Von der ersten Ausstellungsminute an standen den Besuchern am SoVD-Stand kompetente Ansprechpartner zur Verfügung. Um dies zu gewährleisten, reisten Doris Raßbach, Maria Simbol,

Christine Bachmeier, und den fränkischen Mitgliedern Paul Kraus, Rudolf Ehras, Horst Kuschel und

Verbandes und nahmen auch gerne das Informationsmaterial an. Die Standbetreuer knüpften auch Kontakte zu anderen auf der Messe vertretenen Verbänden und Institutionen.

Natürlich war auch Bayerns Landesvorsitzender Dr. Josef Haas vor Ort. Am Ende der erfolgreichen Veranstaltung bedankte er sich herzlich bei allen Beteiligten für den in jeder Hinsicht vorbildlichen Einsatz.

Der professionelle Messeauftritt auf der Consozial ließ den SoVD in der Sozialbranche wieder ein Stück bekannter werden. Dr. Haas hofft, dass die erfolgreiche SoVD-Premiere keine Ausnahme, sondern der Beginn einer Reihe ist.



Foto: Reinhardt

Am SoVD-Stand herrschte großer Andrang; viele Fragen wurden geklärt.

den Ehepaaren Reinhardt und Talmon-Gros.

Dies begrüßten die zahlreich erschienenen Messebesucher. Viele machten am SoVD-Stand Halt, informierten sich über die Arbeit des

auftritt auf der Consozial ließ den SoVD in der Sozialbranche wieder ein Stück bekannter werden. Dr. Haas hofft, dass die erfolgreiche SoVD-Premiere keine Ausnahme, sondern der Beginn einer Reihe ist.



Vorne: Sven Picker (li.) und Heinz Welbers mit dem Kooperationsvertrag zwischen SoVD und AWO. Hinten: SoVD-Sozialreferent Torsten Rosenkranz (li.) und AWO-Landesgeschäftsführer Volker Andresen.

## Kooperation mit der AWO

Der SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein hat mit der Arbeiterwohlfahrt im Land zwischen den Meeren ein Kooperationsabkommen geschlossen. Unter dem Motto „Kräfte bündeln – Gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft!“ haben sich die beiden Verbände zum Ziel gesetzt, „ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit zu erreichen, um damit den sozialen Frieden in unserem Land nachhaltig zu festigen“.

Dabei werden die unterschiedlichen Leistungsangebote beider Verbände so vernetzt, dass das Angebot für Rat suchende Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert wird. Vereinbart wurde, dass die Mitglieder der AWO in allen SoVD-Geschäftsstellen ein erstes Beratungsgespräch auf dem Gebiet des Sozialrechts erhalten, ohne sofort eine Mitgliedschaft im SoVD eingehen zu müssen. Eine Einzelmitgliedschaft wird erst notwendig, wenn der SoVD eine schriftliche Vertretung in einem Antrags-, Widerspruchs- oder sozialgerichtlichen Verfahren übernimmt. Im Gegenzug können SoVD-Mitglieder nun die Angebote der AWO in den Bereichen Pflege und Schuldnerberatung nutzen. Die Beratung erfolgt kostenlos, soweit keine Ansprüche gegenüber Sozialleistungsträgern bestehen.



Fotos (5): SoVD

Gäste der weihnachtlichen Feierstunde in Kirchrode von links: Bernd Strauch, Renate Genrich, Ines Neumann, Sigrid Leuschner, Dr. Manfred Benkler, Bernd und Ebba Gehrke, Ingeborg Saffe und Adolf Bauer.

## Landesverband Niedersachsen

## Sozialpolitisches Gespräch im weihnachtlichen Rahmen

SoVD-Präsident Adolf Bauer und Bundesschatzmeisterin Ingeborg Saffe diskutierten mit der Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn und der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner über sozialpolitische Themen.

Gelegenheit für dieses Gespräch zum Jahreswechsel bot die traditionell stattfindende, vorweihnachtliche Feierstunde des SoVD-Ortsverbandes Kirchrode. Dazu konnte die 1. Vorsitzende, Ingeborg Saffe, zahlreich erschienene Mitglieder und Gäste begrüßen – neben Edelgard Bulmahn und Sigrid Leuschner auch Hannovers Bürgermeister Bernd Strauch, Bezirksbürgermeister Dr. Manfred Benkler, die Bezirksräte Petra Stittgen und Knut Böhme, Dr. Helmut Degen vom Seniorenbüro, den Vorsitzenden der SPD Kirchrode-Bemerode-Wühlferode, Bernd Rödel, sowie den Vorsitzenden der AWO Kirchrode-Bemerode-Wühlferode, Klaus-Dieter Sebastian. Die Ortsvorsitzende berichtete über Meilensteine des Jahres 2009, wie die Änderung der Satzung, die Erlangung der Rechtsfähigkeit des Landesverbandes Niedersachsen oder das 90-jährige Jubiläum der SoVD-Frauen. Adolf Bauer verwies auf die aktuelle Sozialpolitik und betonte, dass der SoVD auch 2010 seine Stimme gegen soziale Ungerechtigkeit erheben werde. Er bedankte sich bei den Mitgliedern für die Treue und bei den ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern für ihre Arbeit.

Stimmungsvolle Musik, ein Gedicht, eine Weihnachtsgeschichte gelesen von Sabrina Struck von der SoVD-Jugend und die Ehrung treuer Mitglieder rundeten die gelungene Veranstaltung ab.



